

Antrag

Fraktion der CDU
Fraktion der FDP

Hannover, den 17.02.2011

Chancen von Haupt- und Realschülern auf dem Ausbildungsmarkt 2011 und 2012 verbessern

Der Landtag wolle beschließen:

Entschließung

Der niedersächsische Ausbildungsstellenmarkt hat sich in den vergangenen Jahren positiv entwickelt. Die Anzahl der neu abgeschlossenen Ausbildungsverträge konnte seit 2005 gesteigert werden. Zudem konnten laut Statistik der Bundesagentur für Arbeit zum Ende des Ausbildungsjahres 2009/2010 zum dritten Mal in Folge mehr unbesetzte Ausbildungsstellen als unversorgte Bewerber vermeldet werden. Hinzu kommt noch eine Vielzahl an offenen Plätzen aus Handel, Handwerk und Dienstleistung, die nicht gemeldet wurden.

Dies ist auch auf die gemeinsamen Anstrengungen der Partner im Pakt für Ausbildung und Fachkräftenachwuchs zurück zu führen. So hat die Wirtschaft die Zielmarke aus dem Pakt von jährlich 3 000 neuen Ausbildungsplätzen in jedem Jahr deutlich übertroffen. Mit dem gezielten Einsatz von Fördermitteln hat die Landesregierung für Jugendliche zahlreiche Chancen für die Aufnahme einer Ausbildung geschaffen.

Die erfolgreiche Politik der letzten Jahre für junge Menschen ist somit sehr gut angenommen worden und muss folglich auch fortgeführt und weiterentwickelt werden, um den besonderen Herausforderungen der nächsten Jahre zu begegnen.

- Im kommenden Jahr werden in Niedersachsen wegen der Verkürzung des Abiturs auf zwölf Jahre rund 25 000 Abiturientinnen und Abiturienten mehr und damit 100 000 Schülerinnen und Schüler insgesamt die Schule verlassen.
- Zusätzlich wird die geplante Aussetzung der Wehrpflicht und des Zivildienstes dazu führen, dass auch von dieser Gruppe ein Teil im Jahr 2011 ein Studium oder eine Ausbildung beginnen möchte.
- Zugleich ist der Ausbildungsbonus des Bundes für Berufseinsteigerinnen und Berufseinsteiger früherer Schulentlassungsjahre, sogenannte Altbewerberinnen und Altbewerber, zum 31. Dezember 2010 ausgelaufen.
- Jährlich steigen die Zahlen der Arbeitnehmer, die aus dem Berufsleben ausscheiden. Auch damit verlieren die Unternehmen Fachkräfte, die ersetzt werden müssen.

Der Landtag bittet die Landesregierung, ihre Anstrengungen am Ausbildungsmarkt noch weiter zu verstärken und ein Landesprogramm aufzulegen, das Anreize für Unternehmen setzt, verstärkt auch Bewerberinnen und Bewerbern mit schwierigeren Ausgangsbedingungen bei der Besetzung freier Ausbildungsplätze zu berücksichtigen.

Begründung

Durch die demografische Entwicklung wird sich die Zahl der Erwerbspersonen in Niedersachsen deutlich verringern. Nach Berechnungen des LSKN werden dem niedersächsischen Arbeitsmarkt im Jahr 2030 rund 650 000 Erwerbspersonen weniger zur Verfügung stehen als heute.

Deshalb ist es eine gemeinsame Aufgabe von Arbeitgebern und Politik, der zusätzlichen Nachfrage nach Ausbildungsplätzen aufgrund des doppeltem Abiturjahrgangs und des Wegfalls der Wehrpflicht bzw. des Zivildienstes im kommenden Jahr in Niedersachsen konstruktiv zu begegnen und durch mehr Ausbildungsangebote sowie zusätzliche öffentliche Förderung das duale Ausbildungsangebot weiter auszuweiten.

Da in Niedersachsen in den letzten Jahren Ausbildungsplätze nicht besetzt werden konnten, begrüßt die Wirtschaft zusätzliche qualifizierte Bewerberinnen und Bewerber. Es ist jedoch ergänzend sinnvoll, für weniger qualifizierte junge Menschen frühzeitig Unterstützung zu gewähren, damit alle ausbildungswilligen und ausbildungsreifen Bewerberinnen und Bewerber eine Chance auf einen Ausbildungsplatz erhalten.

Deshalb müssen die Anstrengungen der Partner im Pakt für Ausbildung und Fachkräftenachwuchs und die dort verabredeten Maßnahmen der Landesregierung wie die Förderung von Ausbildungsplatzakquisiteuren und Modellprojekten verstärkt werden.

Niedersachsens Wirtschaft braucht alle jungen Menschen, die 2011 und 2012 in höherer Zahl auf den Ausbildungsmarkt strömen. Darüber hinaus benötigen wir auch Fachkräfte in allen Bereichen der Wirtschaft und der Dienstleistung. Deshalb müssen Anstrengungen auf Seiten der Politik, der Wirtschaft und der Jugendlichen zugleich unternommen werden.

Für die Fraktion der CDU

Björn Thümler
Fraktionsvorsitzender

Für die Fraktion der FDP

Christian Dürr
Fraktionsvorsitzender